

Wissen und Organisation: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Historiker- verband

Uwe Dörk / Henning Borggräfe

ABSTRACT

This contribution reconstructs the histories of the two scientific disciplines Sociology and History. Drawing on their national professional associations, the authors explore the processes of academic institutionalization in both cases, though putting emphasis on the German Sociological Association (DGS). The authors identify significant differences between the histories of the DGS and the German Historical Association (VHD), which have had mayor impact on their organizational forms and functions. The institutionalization of history started already with the Enlightenment and limited the functions of the VHD mostly to the organization of annual conferences. Sociology, in contrast, was – although embedded in transnational and interdisciplinary networks – still not academically established in the German Empire. The DGS, therefore, had to assume a wide range of tasks. In their further development the profiles of both academic associations have become more equal in some aspects while perpetuating the differences in others

Der Vergleich von Soziologie und Geschichte ist ein Klassiker.¹ Die Frage nach Eigenart und Verhältnis dieser beiden Wissenschaften stellte sich schon in dem Moment, als „Sociologie“ als Disziplin umrissen und in ihrem Verhältnis zu den etablierten Fächern skiz-

1 Der Aufsatz speist sich aus dem DFG-Forschungsprojekt zur Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), das sich im Kern um die Frage nach dem Verhältnis von soziologischer Organisation und Erkenntnisproduktion dreht. Siehe: <http://www.kwi-nrw.de/home/projekt-98.html> (letzter Zugriff: 13.9.2014). Der erste Teil des Aufsatzes bis 1933 stammt von Uwe Dörk, der zweite von Henning Borggräfe.

ziert worden war. Seither begleitet sie die Selbstreflexion beider Wissenschaften.² Doch wird diese Frage in der Regel in zwei Situationen gestellt, die zwar einen Erkenntnisbedarf stimulieren, zugleich aber erkenntnisblockierend wirken. Zum einen wird die Frage im argumentativen Kontext eines interdisziplinären Kooperationswunsches formuliert, der sich an historischen Beispielen über seine Chancen und Grenzen informiert; die Antwort besteht meistens in einer historisch fundierten Empfehlung bestimmter Kenntnisse, Klassiker, Theorien oder Methoden. Zum anderen wird die Frage häufig dann gestellt, wenn die Identität des jeweils eigenen Fachs Thema ist; mit dem Vergleich sollen die epistemologischen Weichenstellungen, disziplinäre und funktionale Profile bewusst gemacht werden. Im ersten Fall wird der Blick von den eigenen Kooperationsinteressen (und Vorlieben) getrübt, im zweiten durch die rhetorischen Regeln der Apologetik oder Kritik des disziplinenigen Erkenntnisstils.

Im Folgenden wird der Vergleich von Geschichte und Soziologie *l'art pour l'art* gestellt, mithin zu einem eigenständigen Gegenstand des Erkennens erhoben. Zudem werden wir keinen enzyklopädisch-umfassenden Vergleich anstreben, sondern uns auf einen Einzelaspekt konzentrieren: Auf die Unterschiede und Übereinstimmungen der differentiellen Gründungs- und Organisationsgeschichten von Geschichtsschreibung und Soziologie, wie sie im Verband Deutscher Historiker (VDH, nach 1945 Verband der Historiker Deutschlands, VHD) und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) fassbar werden. Der Akzent wird wiederum auf der DGS liegen, während das Fach Geschichte als Vergleichsfolie dient.

Zur Frühgeschichte von Historikerverband und DGS bis 1933

Wissenschaftsgeschichtlich gehören Soziologie und Geschichtsschreibung unterschiedlichen Generationen an: Soziologie ist das Produkt des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, Geschichtswissenschaft hat ihre stärkste Prägung im 17. und 18. Jahrhundert erfahren.³ Während sich in das aufkommende Fach Soziologie vor allem die Ökonomisierung und Industrialisierung der Lebensverhältnisse eingeschrieben haben, prägte die Geschichtsschreibung vor allem die Auflösung der Ständegesellschaft und das Aufkommen moderner Staatlichkeit. Während Historiographie sowohl von der Nähe zu, als auch

- 2 Implizit schon bei: A. Comte, *Plan de travaux scientifiques nécessaires pour réorganiser la société*, Paris 1822, S. 85f. (trois états théoriques), S. 126-128 (trois époques). A. Comte, *Cours de Philosophie Positive*. Tome Quatrième, Paris 1839, S. 240-242 (hier auf S. 252 fällt zum ersten Mal der Begriff „sociologie“). Explizit bei: L. Gumplowicz, *Grundriß der Sociologie*, Wien 1985, S. 148ff. In der Geschichtswissenschaft daher zunächst (zumal in Tradition Treitschkes) im Lamprechtstreit ablehnend: G. v. Below, *Die neue historische Methode*, in: *HZ*, 45. Bd. (1895), S. 232-242, 254f. Positiver schon: E. Bernheim, *Lehrbuch der historischen Methode und der Geschichtsphilosophie*. Mit Nachweis der wichtigsten Quellen und Hilfsmittel zum Studium der Geschichte, Leipzig 1908, S. 94-99 (2. Aufl., Ersterscheinen 1899).
- 3 Entsprechend argumentiere ich, anschließend u.a. an Horst-Walter Blanke (vgl. *Historiographiegeschichte als Historik*, Stuttgart 1991), in meiner Dissertation, vgl. U. Dörk, *Totenkult und Geschichtsschreibung. Eine Konstellationsgeschichte zwischen Mittelalter und Moderne* (Ulm und Bern), Konstanz 2014, S. 517f.

Emanzipation von Politik geprägt ist, ist Soziologie schon das Produkt eines ausdifferenzierten Wissenschaftssystems. Diese unterschiedliche Ausgangslage prägt beide Fächer bis heute – in Form und Inhalt. Denn die nationalen Fachgesellschaften haben, wenn auch mit der Beigabe eines eigenen Elements, die vorgefundenen Disziplinstrukturen eher konserviert als modifiziert.

Zunächst zur Historiographie: Im Gegensatz zum Topos einer weitgehend a-historischen Aufklärung waren zahlreiche Aufklärer von Thomasius, Leibniz bis zu Baumgarten davon überzeugt, dass sicheres historisches Wissen eine außerordentliche Bedeutung im Leben ihrer Zeit besitzt. In einer Situation territorialherrschaftlicher und konfessioneller Konkurrenz bei gleichzeitiger vorpositiver Rechtslage war im 17. Jahrhundert der Bedarf an historischem Wissen so gestiegen, dass man ohne solches „keine Art obrigkeitlicher Gesetze richtig und erweislich auslegen, keine Rechtshändel und Streitigkeiten gemeiner Wesen und verschiedener Stände“ (Baumgarten) führen und ebenso wenig über kirchliche, schulische, biblisch-dogmatische etc. Fragen Aufklärung erwarten konnte (Leibniz). Darüber hinaus hatte die Verfassungsgeschichte mit dem Entstehen und Werden auch die politische Machbarkeit sozialer Ordnung in den Blick gerückt und Anciennität als Legitimationsargument problematisch gemacht.⁴ Ausdruck dieser hohen, aber auch gefährlichen Bedeutung des Geschichtswissens ist die im 17. Jahrhundert einsetzende reichsweite Einrichtung von Lehrstühlen für Geschichte, mit der ein akademisiertes historisches Wissen obrigkeitlich befördert, aber auch gebunden wurde.⁵ Und da historisches Wissen in den Diskursen um „regio und religio“, um den Konnex von territorialer Herrschaft und religiöser Wahrheit eine zentrale Rolle spielte, bedurfte es nicht nur einer methodischen Absicherung mit „Hilfswissenschaften“ wie Chronologie, Geographie, Genealogie, Paläographie, Numismatik und Heraldik,⁶ sondern auch einer methodologischen Grundlagenreflexion um ihren Erkenntniswert und Gegenstandsbereich. Damit hatte sich Geschichte als narrative Gattung von der Chronistik, Länderbeschreibung (Statistik) und Rhetorik emanzipiert und wurde in dieser Form im Lauf des 18. Jahrhunderts handbuchförmig⁷ kanonisiert; auch die Curricula des höheren Schulwesens im Reich orientierten sich daran.⁸

Kurzum: Bevor Fachgesellschaften, gar nationale, eine nennenswerte Rolle für die Arbeit an der Geschichte – seit Ende des 18. Jahrhunderts im Kollektivsingular – spielten, hatte sich Geschichte, politisch befördert, als wissenschaftliche Disziplin schon längst etabliert und einen Methodenkanon entwickelt.⁹ Auch hatte sich ein breites Spektrum

4 Ebd., S. 504-523.

5 Siehe die Auflistung in: H. Blanke/D. Fleischer (Hg.), *Theoretiker der deutschen Aufklärungshistorie*, Bd. 1: *Die theoretische Begründung der Geschichte als Fachwissenschaft*, Stuttgart-Bad Canstatt 1990, S. 103-123.

6 So etwa in Christian Thomasius' Vorlesungsankündigung von 1705. Hierzu: N. Hammerstein, *Jus und Historie. Ein Beitrag zur Geschichte des historischen Denkens an deutschen Universitäten*, Göttingen 1972, S. 91-147.

7 H. Blanke, *Historiographiegeschichte* (wie Anm. 3), S. 125, 194. Ders. / D. Fleischer, *Theoretiker*, S. 46f. (wie Anm. 5). A. Seifert, *Staatenkunde. Eine neue Disziplin und ihr wissenschaftstheoretischer Ort*, in: M. Rassem / J. Stagl (Hg.), *Statistik und Staatsbeschreibung in der Neuzeit*, Paderborn 1980, S. 217-248.

8 Dörk, *Totenkult*, S. 538-542 (wie Anm. 3).

9 Als disziplinbildende Kriterien sehen wir: 1. Der Zusammenschluss von Forschern um einen Themenzu-

von historischen Gesellschaften, Akademien und Seminaren im Laufe des 19. Jahrhunderts formiert, so dass dem 1895 gegründeten Verband Deutscher Historiker nur wenig Raum zur Entfaltung blieb. Nachdem das historische Wissen seine Bindung an territorialherrschaftliche Handlungszusammenhänge verloren hatte, gab ihm auch das historische Vereinswesen eine neue Basis und in der rasonierenden Öffentlichkeit eine neue Relevanz, sorgten informelle Netzwerke und Vereine für die Koordination der Forscher unterschiedlicher Provenienz und stemmten eine Vielzahl von Großforschungsprojekten wie Quelleneditionen und Wörterbücher. Auch die Gründung des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine von 1852 unterstreicht die Bedeutung dieser Geschichtsforschung vor, neben und jenseits der Universität.¹⁰

In diesem hoch differenzierten Feld markierte die Gründung des Verbandes somit ein marginales Datum, dass diese von fachlich eher randständigen Historikern ausgegangen war und dass Historikertage das gewichtige preußische Zentrum mieden, ist symptomatisch. Auch hatten sich zuerst die Historikertage (1893 in München, 1894 in Leipzig und 1895 in Frankfurt) und dann erst der Verband etabliert. Und dieser sollte zunächst nicht mehr, als dem Zweck der Organisation von Historikertagen dienen. Selbst die Entscheidung über den Verbandsvorsitz war der Frage nach dem Veranstaltungsort untergeordnet: Vorsitzender war, wer nahe am Ort des zu veranstaltenden Historikertages wohnte. Trotzdem gewannen die Historikertage rasch an Einfluss auf die thematische und methodische Gestalt der Disziplin, während der Verband zunehmend die wichtigen Fachvertreter anzuziehen vermochte.¹¹ Obwohl seine Verfassung organisatorisch ausgesprochen lose blieb, darf die Bedeutung des Verbandes aufgrund der allgemein gestiegenen Bedeutung von Organisation in funktional strukturierten Sozialzusammenhängen nicht unterschätzt werden.¹²

Völlig anders lagen die Verhältnisse bei der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: Als sich diese 1909 konstituierte, gab es noch keinen Kanon soziologischer Methoden und Darstellungsformen, keine Lehrstühle (in Deutschland und Österreich), keine lokalen Fachgesellschaften, keine professionellen Soziologen und keine Forschungszusammenhänge unter dem Rubrum Soziologie. Was aber bestand, war eine transnationale Szene, die im Pariser „Institut International de Sociologie“ (IIS) mit seiner soziologischen „Revue Internationale“ (RIS) einen ersten organisatorischen Kri-

sammenhang, 2. ein durch Lehr- und Methodenbücher abgegrenzter Wissenskorporus, 4. ein Set akzeptierter Methoden, 5. abgegrenzte Reproduktionsmuster für Nachwuchs und Karrieren. Vgl. R. Stichweh, Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen, Frankfurt a.M. 1984, S. 90ff. Rudolf Stichweh orientiert sich jedoch an den Naturwissenschaften (v.a. Physik).

10 Vgl. A. Wendehorst, 150 Jahre Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 138 (2002), S. 1-65 sowie G. Clemens, Sanctus Amor Patriae. Eine vergleichende Studie zu deutschen und italienischen Geschichtsvereinen im 19. Jahrhundert, Tübingen 2004.

11 Vgl. M. Berg, Zur Institutionalisierung von Geschichtswissenschaft, in: C. Ottner / K. Ries (Hg.), Geschichtsforschung in Deutschland und Österreich im 19. Jahrhundert. Ideen – Akteure – Institutionen, Stuttgart 2014, bes. S. 227-234.

12 Eine soziologisch informierter Verdacht, der weiter verfolgt werden muss. Bis dato: Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1997, 826ff.; Ders., Die Wissenschaft der Gesellschaft, S. 336ff. u. 672ff.

stallisationspunkt gebildet hatte und zahlreiche Verbandsgründungen anstieß, auch im Deutschsprachigen: 1907 in Wien, 1908 in Graz und 1909 die DGS in Berlin.¹³ Auch das Wort ‚Sociologie‘ hatte schon seit 1875 Eingang ins Deutsche gefunden, nachdem die Werke Spencers und Comtes sukzessiv übersetzt worden waren. Als 1885 der Grazer Staatsrechtler Ludwig Gumplowicz ein erstes Soziologie-Handbuch verfasst hatte, war ‚Soziologie‘ überdies als kanonischer Diskurszusammenhang greifbar geworden: Als eine Wissenschaft, die Gesellschaft in Anlehnung an die Naturwissenschaften nomologisch erforschen will und sich von idiographischen Ansätzen entschieden abgrenzt. Wie der Lamprechtstreit indiziert, blieb dieser Versuch auch in der Geschichtswissenschaft nicht ohne Resonanz.¹⁴

Der stärkste Impuls zur Gründung der DGS ging jedoch nicht von der Soziologieszene aus, sondern vom ‚Verein für Socialpolitik‘ (VfS).¹⁵ Dieser hatte sich 1872/73 gegen die ‚realitätsblinde‘ Manchester-Scholastik gegründet, um sozioökonomische Phänomene historisch-empirisch zu erforschen und Sozialpolitik zu beeinflussen. Aus dieser doppelten Zielsetzung resultierte aber ein Konflikt, der unter dem Begriff „Werturteilsstreit“ bekannt wurde und an seinem Höhepunkt zur Ausgründung der DGS führte: zahlreiche VfS-‚Dissidenten‘ wie Ferdinand Tönnies, Werner Sombart, Heinrich Herkner, Max und Alfred Weber riefen 1909 zur Gründung der DGS auf, um sich von jenen abzusetzen, die im VfS für eine werturteilende, politisch-partizipative Sozialwissenschaft eintraten. Die Ausgründer erhofften sich von der DGS eine Plattform, auf der sich gesellschaftliche Fragen ohne politisch-therapeutische oder ethisch-moralische Bindungen traktieren lassen. Diese Gruppe war allerdings historisch-idiographisch und nicht nomologisch orientiert.¹⁶

Doch auch in der Soziologieszene hatte sich der nomologische Common sense in den 1890er Jahren aufgelöst. Gesetzeswissenschaftliche Ansätze begannen mit idiographischen, statistische mit philosophischen, organologische mit genuin soziologischen usw. zu konkurrieren. Auch die Antwort auf die Frage, was der Gegenstand der neuen Wissenschaft sei, war umstritten: Formen der Vergesellschaftung (Simmel), sozialer Körper (Schäffle, von Lilienfeld), sozialer Wille (Kür- contra Wesenswille, Gemeinschaft versus Gesellschaft nach Tönnies), soziales Handeln (Weber), *fais sociales* (Durkheim),

13 C. Fleck, Rund um Marienthal. Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung, Wien 1990, S. 40-57. U. Schuerken, Les Congrès de l'Institut International de Sociologie de 1894–1930 et l'internalisation de la sociologie, in: International Review of Sociology, 6,1 (1996), S. 7-24. C. Gülich, Le rôle de la coopération scientifique internationale dans la constitution de la sociologie en Europe (1890–1914), in: Communications, 54 (1992), S. 105-117.

14 G. v. Below, Neue Methode, S. 232f. (wie Anm. 2). Karl Lamprecht hatte eine nomologisch und sozialökonomische Fundierung der Historiographie gefordert. Er war VDH- und DGS-Gründungsmitglied.

15 Eine klare Scheidung von Soziologieszene und VfS ist nicht möglich, da ihr Verhältnis dynamisch war und einige Personen wie Ferdinand Tönnies und Werner Sombart beiden Lagern zugehörten; sogar Gustav Schmoller, der langjährige Vorsitzende des VfS, war ab 1905 Mitglied des IIS (RIS, T 13 (1905), S. 77).

16 G. Albert, Der Werturteilsstreit, in: G. Kneer/S. Moebius (Hg.), Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Wissenschaft vom Sozialen, Frankfurt a. M. 2010, S. 14-45, bes. S. 41. Über ein Drittel der DGS-Gründer-Mitglieder gehörten dem VfS an und bildete die mit Abstand stärkste Gruppe (DGS-Mitgliederliste der Autoren, die 2015/16 auch online gestellt wird). Zur DGS-Programmatik s. u.

Kampf sozialer Gruppen (Gumplowicz) etc.? Dasselbe galt für die Frage, ob Soziologie eine Disziplin oder bloß ein interdisziplinärer Forschungszusammenhang bilden bzw. bleiben sollte.

Die Gründung der DGS (1909) erfolgte somit in einer schwierigen Konstellation: In einer Phase epistemischer Unentschiedenheit und überschattet vom Werturteilstreit. Die Gründung des VDH war von einer theoretischen Grundlagenkrise begleitet und hatte lokale Heterogenität auffangen müssen. Die DGS aber hatte nicht nur epistemische Pluralität zu integrieren und zu disziplinieren; sie musste erst einen Code finden und einüben, mit dem sich ihre Gegenstände von den dringlichen sozialen Fragen und gesellschaftlichen Interessen lösen und als Objekte einer distanzierten wissenschaftlichen Reflexion reformulieren ließen – ein Prozess, der sich in der deutschsprachigen Historiographie schon vor der nationalen Verbandsgründung vollzogen hatte.¹⁷

Wie hat die DGS diese Problemlage zu lösen versucht? Zunächst band sie Mitgliedschaft an soziologische Qualifikation (Kriterium Publikation). Dann verpflichtete sie per Statutsbeschluss ihren internen Diskurscode auf Werturteilsfreiheit; wissenschaftliches Diskutieren sollte von normativem Rasonieren unterscheidbar sein.¹⁸ Und zum dritten versprachen die Statuten, alle bestehenden Richtungen, sofern sie sich den genannten Einschränkungen fügten, zu repräsentieren und im Tagungsturnus zur Sprache zu bringen. Doch wurde das Versprechen diskret an eine Hoffnung geknüpft: Die diversen Richtungen sollten sich einer Professionalisierung unterziehen. Denn als Gegenstand interner Diskurse wurden nur solche Themen akzeptiert, die auch erfahrungswissenschaftlich untersucht und überprüft werden konnten. Auf diese Weise sollten die unterschiedlichen Ansätze diszipliniert und soziologisches Wissen zu einer anerkannten Marke gemacht werden.¹⁹

Dieses Traktieren von Themen und Disziplinieren von Ansätzen erschöpften sich nicht in Vorträgen und Debatten auf Soziologentagen. Als kollektiver Akteur wollte die DGS auch Großforschungsprojekte realisieren: Soziologie des Pressewesens, Soziologie des Parteiwesens und soziale Statistik, wie sie viele Mitglieder (z.B. Ferdinand Tönnies, Max und Alfred Weber, Heinrich Herkner) von den Enqueten des Vereins für Sozialpolitik kannten, manche aus philologischen und historischen Großprojekten (Richard Moritz Meyer, Karl Lamprecht etc.), andere aus sozialpsychologischen Forschungen (William Stern, Robert Sommer, Wilhelm Wundt etc.) und einige aus statistischen Datenerhebungen der Landesämter (Georg v. Mayr, Sigmund Schott, Eugen Würzburger, Karl von Zahn etc.).²⁰

17 U. Dörk, Totenkult, S. 510-523 (wie Anm. 3).

18 Statuten §1, 2, 15 (SAK-B1-1145). Werturteilsfreiheit wurde mit Beschluss am 15. Oktober 1909 festgeschrieben (SAK-B1-96, 97, 98, 105, 647, 955 und MWG II/6, S. 240 ff.).

19 GStA PK, VI. HA NI Sombart Nr. 18b § 1 (provisorisches Statuts mit Begleitschreiben Max Webers; § 1 aller weiterer Statuten bis zum Ersten Weltkrieg (SAK-B1-1145). F. Tönnies, Wege und Ziele der Soziologie, in: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages, Tübingen 1911, S. 27f.

20 MGW II/6, S. 113f. (Max Weber an Heinrich Herkner 8.5.1909). Ders., Geschäftsbericht, in: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages, Tübingen 1911, S. 39-62. F. Tönnies, Wege, S. 25-28 (wie Anm. 19). § 1 des Statutes vom März 1911 (SAK-B1-1145). Mitgliederliste DGS-Projekt (wie Anm. 16).

Das Nachdenken von einigen DGS-Mitgliedern darüber, wie moderne Großforschung organisiert ist und was sie mit dem Phänomen ‚kapitalistische Produktion‘ teilt, ist aufschlussreich. Es verdeutlicht, dass Soziologie nicht nur thematisch und methodisch auf eine industrialisierte Gesellschaft zugeschnitten war. Auch die Entscheidungen über die eigene Form und Struktur verdanken sich jener Reflexion.²¹ Wie der kapitalistische Betrieb sollte die DGS mit elastischen Strukturen auf variierende Anforderungen reagieren können und vor der Gefahr der Bürokratisierung immunisiert werden. Hierzu wurde mit zwei Satzungseingriffen, die jeweils auf Antrag Max Webers erfolgten, die Möglichkeit geschaffen, Ausschüsse bzw. Sektionen einzurichten, in denen soziologische Großforschung dezentral-fluide organisiert werden kann. Hierzu wurden diese mit einer weitreichenden Satzungsautonomie ausgestattet, damit die Ausschuss- bzw. Sektionsleitung je nach Bedarf eines Projekts über Struktur, Geld und Personal (das nicht einmal DGS-Mitglied sein musste) frei entscheiden konnte.²² Außerdem wurde die Trennung von unterstützenden und Ehrenmitgliedern auf der einen und ordentlichen Mitgliedern auf der anderen Seite eingeführt, so dass wissenschaftliche Erkenntnisproduktion und monetäre Akquise getrennt waren. Gelder sollten gewonnen werden, aber keinen Einfluss auf wissenschaftliches Wissen haben (nur ordentliche Mitglieder konnten in der Mitgliederversammlung abstimmen).²³

Die DGS hatte somit ein sehr breites Spektrum an Funktionen²⁴ übernommen, die ein wissenschaftlicher Fachverband abdecken kann: Initiieren, Koordinieren und Disziplinieren von Forschung; Herstellen von Öffentlichkeit und Einrichten von Publikationsstrukturen; Geldgewinnung und Werbung für die Einrichtung von Lehrstühlen;²⁵ regionales Verorten²⁶, globales Vernetzen²⁷ und Geltendmachen des eigenen Deutung-

21 R.M. Meyer, *Betrieb und Organisation der wissenschaftlichen Arbeit*, in: Ders., *Gestalten und Probleme*, Berlin 1905, S. 1-55. M. Weber, *Wissenschaft als Beruf*, Tübingen 88, S. 593f., 609f. Ders. *Wirtschaft und Gesellschaft*, bes. S. 552-556, 562.

22 SAK-B1-1222, Protokoll Vorstandssitzung 7.3.1909. Briefe Max Webers in: MWG II/6: S. 113-115 (an H. Herkner, 8.5. 1909), S. 138 (an L. Brentano, Juni 1909), S. 240f. (an H. Beck: Antrag auf Statutenordnung vom 31.8. 1909, Becks Antwort: SAK-B1-213 vom 2.9.), S. 293 (Brief an L. Brentano vom 26. 10. 1909), S. 448-450 (Brief an H. Beck vom 29.3. 1910), SAK-B1-1223 (Protokoll Mitgliederversammlung, 22.10 1910), SAK-B1-919 (an Beck, 3.2. 1911), SAK-B1-723 (3.2. 1911 an DGS-Vorstand), SAK-B1-930 (an Beck, 22.11. 1911, Antrag auf Statutenänderung); Statuten: GeStA PK, VI. HA NI Sombart Nr. 18b (1. Statut 1909, insb. Webers Briefanhang), SAK-B1-1145 (letztes und vorletztes Statut vor I. Wk.).

23 M. Weber, *Geschäftsbericht S. 40-43, 61f.* (wie Anm. 20). SAK-B1-1145 (§3, 15, 24 u 25). Anträge auf Statutenänderung zur Einrichtung von Sektionen erfolgten im Oktober 1910 (SAK-B1-919, 953 u 1147).

24 Die von G. Lingelbach (*Funktion und Entwicklung von Historikerverbänden*, in: GWU 64, H. 3/4 (2013), S. 139-152) genannten Funktionen lassen sich auch auf andere Disziplinen anwenden: Integrationsfunktion („Zusammenhalt des Fachs“), Abgrenzungsfunktion (z.B. gegenüber „andere Disziplinen und Amateure“), „Beitrag zur methodologischen und thematischen Standardisierung“, Serviceleistungen für Mitglieder, Lobbyismus, „Brücken zu einer breiteren Öffentlichkeit.

25 Initiativen zur Einrichtung von Soziologielehrstühlen: SAK-B1-362, 61, 141, 147 und 362 (1912-1914), SAK-B1-545 (1926) SAK-B1-1004 und 1007 (Denkschrift und Ministerialkontakt) SAK-B1-68 (1932)

26 Durch Gründen von Ortsgruppen (in Orientierung an der Arbeiterpartei): Max Webers Briefanhang zum Gründungsstatut (GStA PK, VI. HA NI Sombart Nr. 18b);

27 Z. B. Verträge und Verbindlichkeiten der DGS mit der Wiener Gesellschaft für Soziologie und dem Institut Solvay, Brüssel (SHLB Cb 54:61:1.2. 02, 01-04) bis 1914; die Korrespondenzen zum Verhältnis zwischen DGS und dem

sangebots. Mit diesem breiten Funktionsspektrum unterschied sich die DGS deutlich vom Historikerverband.

Die noch unkonsolidierte Gesellschaft war mit ihrer Funktionsfülle und ihrem ambitionierten Entwurf jedoch überfordert. Schon die hybride Form aus industriellem Betrieb, Arbeiterpartei und bürgerlichem Verein harmonierte nicht; die organisatorisch erstrebte Disziplinierung soziologischen Rasonnements rieb sich mit dem maskulinen „Hazardverhalten“ der Gelehrten; der auf Ehre fixierte Gelehrtenhabitus vertrug keine Degradierung zum unterstützenden Mitglied mit dem Hinweis auf mangelnde Kompetenz²⁸ und ebenso wenig duldete er den Entzug des Rederechts bei Werturteilsverdacht. Eklats, Ausritte und Prozesse begleiteten die Etablierungsphase. So endete etwa die mit hohen Erwartungen belegte Presseenquête an Max Webers Beleidigungsprozess gegen Max Koch in einer Duellsache²⁹. Außerdem absorbierte der alltägliche Forschungs- und Unibetrieb die Kräfte der meisten Mitglieder, so dass das organisatorische Engagement hinter dem Erwarteten zurückblieb.³⁰ Und das galt auch für das Spendenaufkommen, das nicht nur an internen Konflikten und dem ‚linken‘ Ruf des Unternehmens Soziologie, sondern auch an der ethischen und praxeologischen Indifferenz gelitten haben dürfte.³¹ So war die Gesellschaft, bevor der Erste Weltkrieg ihr organisatorisches Leben zum Erliegen brachte, beinahe an ihren inneren Konflikten zerbrochen.³²

Bei ihrer Wiedergründung, die formal erst 1922 erfolgte, reagierte die DGS auf das Scheitern ihres ersten Versuchs mit drei Strukturentscheidungen: 1. durch die Begrenzung ihrer Funktionen und deren Konzentration auf das Organisieren von Soziologentagen (der erste fand 1923 in Jena, der erste Historikertag nach dem Weltkrieg 1924 in Frankfurt am Main statt); 2. durch Hierarchisierung und Einrichtung einer präsidentialen Spitze³³; und 3. durch die Limitierung der Mitglieder, die organisationssoziologisch mit dem Vorteil der kleinen Zahl gut Organisierter bzw. Qualifizierter begründet wurde.³⁴

Pariser Institut International de Sociologie 1909–1911 (SAK-B1-125, 126, 130, 211), sowie zur Kongressteilnahme (SAK-B1-64 307, 308, 311, 329, 356) 1914-1929.

- 28 Siehe die Querelle um die Brüder v. Engelhardt, denen nur eine unterstützende Mitgliedschaft zugewilligt wurde, obgleich A. v. Engelhardt Herausgeber der Monatsschrift für Soziologie war (SAK-B1-234, 233, und 805 sowie MGA Weber II/6, S. 81f).
- 29 Max Weber an Vorstand, 8.11.1911 (SAK-B1-863). B. Obst, Das Ende der Presse-Enquete M. Webers. Der Heidelberger Professorenprozeß von 1912 und seine Auswirkungen auf die deutsche Zeitungswissenschaft, in: R. vom Bruch/O.B. Roegele (Hg.): Von der Zeitungskunde zur Publizistik. Biographisch-institutionelle Stationen der deutschen Zeitungswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a.M. 1986, S. 45-62.
- 30 Einige Beispiele: Die Rücktrittsbegründung Heinrich Herknens (SAK-B1-266 vom 31.8.1909), F. Tönnies Bedauern über die Einstellung seiner empirischer Arbeiten nach der Lehrstuhlübernahme (SHLB Cb 54. 51,01, 07-08, Lebenslauf), S. 3) oder R. Eukens Begründung der Ablehnungen einer Mitgliedschaft 1910 (SAK-B1-237), G. Simmels Begründung seines Rücktritts aus dem Vorstand (G. Simmel, Briefe 1912–1918, Jugendbriefe, GA 22, Frankfurt a. M. 2008, S. 11.10.1913).
- 31 Max Webers Briefe an G. Jellinek vom 19.8. u. F. Tönnies vom 29.8.1909 in: MWG II/6, S. 226f., 238f.
- 32 So beim misslungenen Konstituierungsversuch der sozialbiologischen Sektion im März 1914: SAK-B1-161, -258, -259, -323, -145, -714.
- 33 Aufschlussreich: Schreiben Leopold von Wiese an Ferdinand Tönnies vom 10.12.1923 (SAK-B1-1126). Das Amt des DGS-Präsidenten war 1922 analog zur Weimarer Verfassung eingerichtet worden. Bis zum Ersten Weltkrieg war der Vorsitzende nur Vorstandssprecher.
- 34 § 3 Satzung von 1923 (SAK-B1-2): Mitgliedschaftsaufnahme erfolgt durch begründeten Vorschlag eines Mitglie-

Hierbei hatte die DGS am Institut International Maß genommen und ihre Mitglieder zunächst auf 100³⁵ beschränkt und dann schrittweise mehr zugelassen: 1923 125, 1925 150 Mitglieder; bis 1914 waren es noch um 250 Mitglieder gewesen.³⁶ Die DGS verstand sich nun als ein kleiner, exklusiver, gar esoterischer Gelehrtenverband.³⁷ Doch vermochte er unter schwierigen ökonomischen und politischen Bedingungen nur langsam wieder eine eigene Forschungstätigkeit zu entfalten.³⁸

Die Reduktion der Funktionen war nicht nur den klammen Weimarer Finanzverhältnissen geschuldet. Sie war auch das Ergebnis einer strukturellen Veränderung der wissenschaftlichen Umwelt: Seit 1919 wurden nach und nach soziologische Lehrstühle eingerichtet, die dann auch immer stärker das bestimmten, was unter dem Titel Soziologie geforscht, gelehrt und veröffentlicht wurde. Um 1932/33 waren etwa die Hälfte der Mitglieder ‚Professionelle‘.³⁹ Daher verlor das interdisziplinäre Moment an Gewicht, wohingegen das Disziplinäre hinzugewann, so dass die DGS immer stärker damit beschäftigt war, für diese Gruppe politische und innerwissenschaftliche Lobbyarbeit sowie Anregungs- und Koordinationsleistungen zu übernehmen. Und da wiederum von den ‚Professionellen‘ ein Drittel in eher prekären Beschäftigungsverhältnissen stand, war die DGS auch als Jobbörse interessant.

Grosso modo hatte sich die DGS im Laufe der zwanziger Jahre dem VDH funktional angenähert. Dieser Entwicklung lässt darauf schließen, dass sich so etwas wie ein

des, die Wahl durch den geschäftsführenden Ausschuss (dessen Mitglieder von der Mitgliederversammlung gewählt werden; jener Ausschuss wurde nach § 4 durch den Rat bestimmt (er bestand aus dem Präsidenten, drei Sekretären und zwei gewählten Beisitzern; der Rat wurde für die Dauer einer Soziologentagsperiode von der Mitgliederversammlung gewählt.

- 35 SAK-B1-15; dies durchaus gegen den Willen der Mitglieder (SAK-B1-1126) und des Rates, der 1923 auf der Assenheimer Tagung noch eine Ausweitung auf 300 Personen angedacht hatte (Abdruck Satzungsentwurf in: KJWHFS (1923), H 2/3, S. 298-300. Statuten IIS: Revue internationale de Sociologie 1 (1893), S. 461f.
- 36 Mitgliederliste DGS-Projekt der Autoren (wie Anm. 16). Ferner: Begleitschreiben zur provisorischen Satzung von Ferdinand Tönnies an den interimistischen Vorstand, Sylvester 1921 (SAK-B1-777), das Ablehnungsschreiben dess. an Unbekannt, vom 16.10. 1924 (SAK-B1-66), den Brief L. von Wieses an F. Tönnies zum Eintritt neuer Mitglieder vom 7.2. 1928 (SAK-B1-897) und F. Tönnies an L. v. Wiese zur selben Problematik vom 29.6. 1930 (SAK-B1-823). Vgl. L. v. Wiese, Soziologie. Geschichte und Hauptprobleme“, Berlin/Leipzig 1926, S. 6. F. Tönnies, Einführung in die Soziologie, Stuttgart 1931, S. 97ff. Ders. Gemeinschaft und Gesellschaft, Leipzig 1935, S. 195-197 (§28). Ersterscheinen 1887. Die hierarchische Kontrollierbarkeit sollte schon durch die Art der Mitgliedschaftsgewinnung qua Kooptation gewährleistet sein (Patenschaftssystem, Begründungspflicht und CV des Aufnahmewilligen), ferner durch das Zurückdrängen der Mitgliedschaftsrechte (auf die Entgegennahme des Geschäftsberichtes und Soziologentagteilnahme). Fast alle organisatorischen Entscheidungen trafen bis 1933 Präsident, Sekretär; Rat und geschäftsführender Ausschuss.
- 37 L. v. Wiese, Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Persönliche Eindrücke in den ersten fünfzig Jahren, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. (1959), S. 13. Das Attribut esoterisch ist vermutlich der Analyse M. Webers des Georgekreises entlehnt.
- 38 Spätestens ab 1929, als auch die Untergruppen Soziographie und Presse-Enquete an Fahrt gewannen: SAK-B1-391 bis 401 (1929-1932); Presseenquete: SAK-B1-817, 819, 57 (1929).
- 39 1919 wurden (in Köln durch K. Adenauer) erstmals zwei Soziologielehrstühle eingerichtet; 1932/33 wurde an 25 Hochschulen Soziologie unterrichtet: durch 15 Lehrstühle für Bindestrichsoziologien, 6 reine Soziologielehrstühle und 55 Lehrende (Privatdozenten, außerplanmäßige und Honorarprofessoren; R. Lepsius, Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967, in: G. Lüschen, Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug, Opladen 1979, S. 62f.); diese 55 Personen waren zugleich Mitglieder der DGS, was über ein Drittel der Mitglieder (um 1933 knapp 150) war.

„Normalfunktionieren“ von Fachverbänden einspielt, wenn grundlegende Disziplinbildungs- und Institutionalisierungsprozesse vollzogen sind und die wissenschaftlichen Strukturbedingungen stabil bleiben. Die Verbände können sich dann auf die Pflege ihres Kerngeschäfts konzentrieren und marginale Funktionen (wie Geldakquise und lokales Verorten) der wissenschaftlichen Umwelt überlassen. Darauf wird zurückzukommen sein. Für die DGS war diese Entwicklung 1932/33 aber noch nicht abgeschlossen, da die andere Hälfte der damaligen Mitglieder nach wie vor Nicht-Soziologen waren: Ökonomen, Theologen, Philosophen, Staatswissenschaftler, Fachkräfte aus den statistischen Landesämtern, Verwaltungen und der Wirtschaft. So blieb die DGS bis zum Anbruch des „Dritten Reichs“ und über die Wiedergründung von 1946 hinaus ein interdisziplinärer Arbeitszusammenhang.

Die Wiedergründung der DGS 1946 und die große DGS-Reform von 1968

Im Vergleich zu anderen Fachgesellschaften erfolgte die Wiedergründung der DGS nach dem Zweiten Weltkrieg außerordentlich früh, nämlich bereits im April 1946. Nur fünf Monate später veranstaltete die DGS den ersten Soziologentag der Nachkriegszeit in Frankfurt am Main. Zur Eröffnung erklärte der nun zum Präsidenten avancierte einstige DGS-Sekretär Leopold von Wiese, dass die Organisation und mit ihr die gesamte deutsche Soziologie von den Nationalsozialisten zerstört worden seien und man nun dort wieder ansetze, wo man 1933 habe aufhören müssen. 1946 profitierte die DGS zum einen davon, dass von Wiese wichtige US-Besatzungsoffiziere, die in den zwanziger Jahren in Deutschland studiert hatten, persönlich kannte. Zum anderen kam der Organisation zugute, dass die Besatzer das von ihm gezeichnete Bild des Schicksals der Soziologie im „Dritten Reich“ teilten und ihr zugleich eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung Deutschlands zudachten. Die Ausgangslage war also ungleich günstiger als etwa beim Historikerverband, dessen Wiedergründung und dessen designierter Vorsitzender Gerhard Ritter noch 1949 auf alliierte Vorbehalte stießen. Offenbar viel strittiger als bei den Historikern war in der DGS dagegen die Frage, wer ihr wieder beitreten durfte: Der 1946 schon 70jährige Kölner Professor von Wiese, der die DGS bereits bis 1933 maßgeblich mitgeprägt hatte, stellte von Anfang an klar, dass Kollegen, die zu Beginn der NS-Herrschaft an der Zerstörung der Organisation mitgewirkt hätten, jetzt nicht partizipieren dürften.⁴⁰

Das Bild, das von Wiese 1946 von der nahen Vergangenheit zeichnete, war nicht aus der Luft gegriffen, aber verzerrt. Zwar trifft es zu, dass viele Soziologen seit 1933 aus poli-

40 Zur Wiedergründung vgl. J. Weyer, *Westdeutsche Soziologie 1945-1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluss*, Berlin 1984, S. 42-52; zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DGS vgl. H. Borggräfe/S. Schnitzler, *Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Nationalsozialismus. Verbandsinterne Transformationen nach 1933 und nach 1945*, in: M. Christ/M. Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2014, S. 445-479; zur Wiedergründung des Historikerverbandes vgl. W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 159-169.

tischen und rassistischen Gründen ihre akademischen Posten verloren hatten – unter ihnen der alte DGS-Präsident Ferdinand Tönnies. Aber die Verfolgung richtete sich nicht gegen *die* Soziologie, sondern gegen viele einzelne Soziologen.⁴¹ Zwar ist auch richtig, dass die DGS schon Anfang 1934 inaktiv wurde und bis 1945 auch blieb. Der nach einem misslungenen Versuch der Selbstgleichschaltung erfolgte Sturz der bisherigen Leitung, ihre Ablösung durch den Ende 1933 zum „Führer“ der DGS gewählten Leipziger Soziologen Hans Freyer und die kurz darauf von diesem vollzogene „Stilllegung“ der DGS gingen jedoch auf interne Konflikte unter den deutschen Soziologen zurück.⁴² Solche innerfachlichen Konflikte waren auch im damaligen Wissenschaftsbetrieb nicht ungewöhnlich und sind auch in der Geschichte des VDH erkennbar.⁴³ Ungewöhnlich war hingegen, wie schnell die DGS inaktiv wurde, wobei sich dies wiederum nach 1945, wie skizziert, dann durchaus vorteilhaft auswirkte.

Was indes die Wissenschaft Soziologie im nationalsozialistischen Deutschland betrifft – dieser Exkurs ist für das Verständnis der Nachkriegssituation wichtig –, so ist sich die Forschung heute weitgehend einig, dass von einer „Stilllegung“ keine Rede sein kann. Die Entwicklung der Soziologie seit 1933 war nach dem Herausdrängen jüdischer und politisch missliebiger Soziologen und einer kurzen Aufbruchphase, in der Freyer und andere eine deutsche „Volksoziologie“ als ideelles Fundament für die Errichtung der „Volksgemeinschaft“ propagiert hatten, durch eine Hinwendung zur empirischen Sozialforschung gekennzeichnet, nach der in vielen Bereichen eine große politische Nachfrage bestand. Es gab vor allem außeruniversitär einen Institutionalisierungsschub, wachsende interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Tendenz zur Soziologisierung verschiedener Wissensgebiete, etwa der Bevölkerungswissenschaften.⁴⁴ Ein auch in der Historiographiegeschichte bekanntes und für diese Tendenzen anschauliches Beispiel waren die von Gunther Ipsen koordinierten Vorbereitungen zur Teilnahme einer starken deutschen Delegation beim internationalen Soziologen-Kongress in Bukarest im September 1939, der kurz zuvor abgesagt wurde, dessen geplante Vorträge – darunter ein Vortrag von Ipsens Assistent Werner Conze – teils aber noch publiziert wurden.⁴⁵

41 Das Ausmaß der Verfolgung verdeutlicht die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der 36 Rats- und Ausschussmitglieder der DGS nach der Machtübernahme ihre Posten verloren.

42 Sie stritten über die Repräsentation der Soziologie, ihr Wissenschaftsverständnis und ihre Nähe zur Politik sowie über die Achtung formaler Hierarchien und kollegialer Umgangsformen. Indizien für eine „von oben“ erzwungene Stilllegung sind dagegen nicht erkennbar; vgl. J. Z. Muller, *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton 1987, S. 246-255; C. Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden 1996, S. 11-32.

43 Zur Entwicklung des VDH im Nationalsozialismus vgl. die Skizze bei M. Berg, „Eine grosse Fachvereinigung“? Überlegungen zu einer Geschichte des Verbandes Deutscher Historiker zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: *GWU* 64, Heft 3/4 (2013), S. 160-162.

44 Vgl. etwa C. Klingemann, *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*, Wiesbaden 2009; S. Schnitzler, *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*, Wiesbaden 2012.

45 Vgl. W. Conze, *Die ländliche Überbevölkerung in Polen*, in: D. Gusti (Hg.): *Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen-Kongresses București*, Mitteilungen, Abteilung B – Das Dorf, Band 1, Bukarest 1940; zur Kongressvorberei-

Unter Soziologehistorikern dominiert heute die Auffassung, dass mit der empirischen Wende im „Dritten Reich“ ein wichtiger Baustein zur Entwicklung der Nachkriegssoziologie gelegt worden sei, dass diese also nicht allein als ein US-Import verstanden werden könne.⁴⁶ Die Forschung konstatiert zugleich ein sehr hohes Maß personeller Kontinuitäten und verweist dabei auch auf DGS-Mitgliedschaften diverser schon in NS-Deutschland tätiger Soziologen. So überzeugend dieses Narrativ mit Blick auf die soziologische Forschung vor und nach 1945 ist, überdeckt es doch zugleich einen großen Bruch in der *Selbstorganisation der deutschen Soziologie* direkt nach Kriegsende, der die frühe Nachkriegszeit prägen sollte.

Ein Vergleich der deutschen Delegation für den internationalen Soziologen-Kongress 1939 mit den an der DGS-Wiedergründung 1946 Beteiligten macht dies deutlich. Ein solcher Vergleich ist plausibel, denn aus Akten des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung zur Kongressvorbereitung wird ersichtlich, dass die Bukarest-Delegation wohl zum Ausgangspunkt einer neuen Selbstorganisation der deutschen Soziologie geworden wäre, hätte der Kriegsbeginn diese Pläne nicht gestoppt. Nur vier von 44 Mitgliedern der Bukarest-Delegation 1939 waren an der DGS-Wiedergründung 1946 beteiligt, zu der sich ebenfalls 44 Personen zusammengefunden hatten. Dagegen lag die Quote ehemaliger Mitglieder der alten DGS vor 1933 unter den Wiedergründern von 1946 bei 50%.⁴⁷ Der Vergleich zeigt, dass die Kontinuität der neuen zur alten DGS der Jahre vor 1933 viel größer war als zur Selbstorganisation in NS-Deutschland 1939.⁴⁸

Wie ist dieser Befund zu erklären? Die Wiedergründung 1946 erfolgte zwar in Anlehnung an die alte DGS-Satzung und das in dieser eingeschriebene organisationssoziologische Wissen. Auch funktional reklamierte man einen ebenso großen Gestaltungsanspruch über die Entwicklung der Soziologie und wollte ein ebenso breites Tätigkeitsspektrum besetzen, wie es die DGS bis 1933 getan hatte. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die akademische Stellung der Soziologie in der frühen Nachkriegszeit im Vergleich zur Situation vor 1933 noch fragiler geworden war.⁴⁹ Doch bei genauer Betrachtung wird

tung A. Zinn, Gehaßt oder Instrumentalisiert? Soziologie im Dritten Reich aus der Perspektive des Reichsministeriums für Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 21 (1992), S. 347-365.

46 Dies betonen neben C. Klingemann, Soziologie und Politik (wie Anm. 44) etwa auch C. Weischer, Das Unternehmen „empirische Sozialforschung“. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004; J. Adamski, Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969, Essen 2009.

47 Zu den Mitgliedern der DGS wird derzeit auf Basis des DGS-Archivs eine ACCESS-Datenbank aufgebaut. Zur Bukarest-Delegation und vorausgegangenen Organisationsplanungen vgl. die Kommunikation in Bundesarchiv Berlin, R4901, Nr. 2979, Bl. 120-337; Nr. 3175, Bl. 45.

48 Was von Wiese dabei allerdings geflissentlich ausklammerte, war der Umstand, dass an der Wiedergründung 1946 kein einziges der vielen zuvor ins Exil getriebenen jüdischen Altmitglieder beteiligt war.

49 Erst in den 1950er, 60er und 70er Jahren etablierte sich die Soziologie als akademische Fachwissenschaft. 1949 gab es in Westdeutschland nur fünf Soziologie-Lehrstühle, 1960 waren es 25, 1970 schon 69. Später gab es z.B. allein an der FU Berlin 28, an der ersten Soziologischen Fakultät in Bielefeld 26 Professuren; vgl. M. R. Lepsius, Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967, in: G. Lüschen (Hg.): Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug, Opladen 1979, S. 65-66; E. K. Scheuch, Von der deutschen Soziologie zur Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Österreichische Zeitschrift für So-

deutlich, dass die neu geschaffenen Organisationsstrukturen von 1946 gerade nicht dazu dienten, den bis dato erreichten Stand der Soziologie optimal zu repräsentieren und ihren zügigen Ausbau zu forcieren. Stattdessen ging es primär darum, eine Wiederholung der DGS-internen Ereignisse von 1933 unmöglich zu machen und die Position des mithilfe der Alliierten überraschend an die Spitze der soziologischen Selbstorganisation zurückgelangten von Wiese und seiner Mitstreiter strukturell abzusichern. Gleiches galt für die Vorherrschaft ihres eigentlich schon 1933 und erst recht 1939 von vielen Kollegen abgelehnten und als nicht mehr anschlussfähig geltenden Soziologieverständnisses – nämlich die Fokussierung auf die Errichtung eines abstrakten Theoriegebäudes, insbesondere auf die Tradierung der „Beziehungslehre“ von Wieses.⁵⁰

Die DGS-Wiedergründung folgte im Vergleich zur Gründung 1909 also eindeutig politisch-personalistischen Prämissen. In den Folgejahren wurde diese Tendenz noch durch die Ausgrenzung all derjenigen verstärkt, die von Wiese für die Zerstörung der DGS 1933/34 persönlich verantwortlich machte; sowie derjenigen, die ihn auch danach noch angegriffen hatten.⁵¹ Von Wiese kam dabei zuhelfe, dass er als Herausgeber der Kölner Zeitschrift für Soziologie, die, wie schon bis 1933, zugleich als DGS-Mitteilungsorgan fungierte, bald erneut auch das wichtigste soziologische Publikationsorgan kontrollierte. Zudem wurde sein Büro zum Zentrum eines großen Stellenvermittlungsnetzwerks, auf das gerade die angewiesen waren, die sich im „Dritten Reich“ stärker exponiert und dann durch die Entnazifizierung, aber vor allem auch infolge der deutschen Gebietsverluste ihre Posten eingebüßt hatten.⁵²

Unter den aktiven DGS-Mitgliedern waren nach der Wiedergründung dennoch von Beginn an solche Soziologen in der Mehrheit, die bereits in NS-Deutschland wissenschaftlich tätig gewesen waren und die Wende zur eng an politischem Nutzen orientierten empirischen Sozialforschung mitgetragen hatten. Nach der Gründung der Bundesrepublik und dem Ende der Entnazifizierung nahm ihre Zahl um 1950 sogar noch zu.⁵³ Die geschaffenen Strukturen und der autoritäre Führungsstil des Präsidenten hatten jedoch

ziologie 15 (1990), S. 44; zur rapiden Entwicklung der 1960er Jahre auch V. Kruse, Soziologie als universitäres Lehrfach – Konzeptionen und Kontroversen in den 1960er Jahren, in: B. Franke/K. Hammerich (Hg.): Soziologie an deutschen Universitäten: Gestern – heute – morgen, Wiesbaden 2006, S. 115-134.

50 Vgl. Satzung der DGS von 1946, SAK-B1-1360. Seine Macht sicherte der Vorstand um von Wiese u. a. dadurch ab, dass die Zahl von in die Organisationsführung eingebundenen Mitgliedern gegenüber 1933 von 36 auf 6 verringert wurde. Die neue Satzung enthielt zudem keine Regeln zur zeitlichen und sachlichen Eingrenzung der Vorstandstätigkeit. Eine große Zahl aktueller und ehemaliger Wiese-Schüler, deren fachliche Qualifikation weit unter dem bisher für eine Mitgliedschaft üblichen Niveau lag, garantierte darüber hinaus eine Mehrheit in der Mitgliederversammlung; vgl. zur Wiedergründung insbesondere das Material in SAK-B1-3732.

51 Dies betraf zuvorderst den ehemals führenden Volkssoziologen Max Hildebert Boehm und den „Führer“ der Bukarest-Delegation Gunther Ipsen, der von Wiese von der Teilnahme in Bukarest ausgeschlossen hatte, nachdem er schon 1937 dessen Teilnahme am Internationalen Soziologen-Kongress in Paris verhindert hatte.

52 Die räumlichen Zentren der Soziologie in NS-Deutschland (v. a. Königsberg und Leipzig) gingen für deutsche Wissenschaftler mit einschlägiger Vergangenheit nach 1945 als Beschäftigungsorte fast alle verloren.

53 Ferngehalten wurden nur diejenigen, die seit 1933 mit von Wiese in Konflikt geraten waren. Die Frage, was die Mitglieder in NS-Deutschland wissenschaftlich-praktisch getan, aber auch was sie damals publiziert hatten, spielte zu dieser Zeit keine zentrale Rolle; vgl. H. Borggräfe/S. Schnitzler, Gesellschaft (wie Anm. 40).

zur Folge, dass diese Mitglieder kaum Einfluss auf die Organisation und ihre Aktivitäten nehmen konnten.

Fragt man danach, welche Funktionen die DGS als Fachgesellschaft bis Mitte der fünfziger Jahre erfüllte⁵⁴, so wird deutlich, dass das Spektrum zunächst eng begrenzt blieb: Jenseits der genannten Servicefunktion für Mitglieder in Form der Stellenvermittlung kam man in einigen zwar eingerichteten, aber nicht aktiv werdenden Untergruppen hinsichtlich der weiteren Entwicklung soziologischer Themen und Methoden nicht voran. Und zu Journalisten hielt man ausdrücklich Distanz, statt Brücken zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu schlagen. Von größerer Bedeutung war einzig die Funktion der Strukturierung und Hierarchisierung des wissenschaftlichen Feldes – wobei die größte Wirkung hier aber indirekt erzielt wurde: Zwar bot die DGS vor allem mit drei von ihr veranstalteten sog. Anthropologisch-Soziologischen Konferenzen 1949 bis 1954 partiell auch einen Raum, in dem einschlägige Wissenschaftler ihre Forschungen in teils erschreckender Direktheit tradieren konnten.⁵⁵ Aber rückblickend wirkte von Wieses Präsidentschaft mit ihren verfestigten Strukturen und geringen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Aktivitäten gewissermaßen wie ein Puffer: Sie verhinderte, dass die Selbstorganisation der Soziologen nach 1945 personell direkt an die in der deutschen Bukarest-Delegation 1939 erkennbaren Ansätze zu einer neuen soziologischen Selbstorganisation in NS-Deutschland anschloss. Und damit wurde zugleich auch die Fortführung bestimmter älterer Traditionsbestände und neuerer Entwicklungen, die die Soziologie im Nationalsozialismus genommen hatte, über 1945 hinaus erschwert, wenn nicht gar verhindert.

Unter anderem ist hier die zwar nicht gezielt forcierte, infolge der skizzierten Entwicklungen aber doch stark beförderte Abkehr der Soziologie von der Geschichte zu nennen, deren Verbindung zuvor vor allem die nun randständigen Leipziger und Königsberger Soziologen betrieben hatten. Der Vorstoß eines DGS-Mitglieds zur Gründung einer Untergruppe für historische Soziologie wurde 1948 durch von Wiese, der sich das Recht vorbehielt, über die Gründung von Untergruppen alleine zu entscheiden, nicht aufgegriffen. Bezeichnenderweise referierte der trotz seiner Anfang der 1950er Jahre erfolgten Wiederaufnahme in die DGS dort nicht mehr aktive Hans Freyer auf keinem Soziologentag der Nachkriegszeit, wohl aber bereits 1951 beim Historikertag in Marburg, wo

54 Vgl. G. Lingelbach, Funktion (wie Anm. 24), S. 140-141.

55 So referierte auf der zweiten Anthropologisch-Soziologischen Konferenz 1951 unter anderem der Eugeniker Otmar Freiherr von Verschuer, der in NS-Deutschland an den Experimenten Joseph Mengeles in Auschwitz beteiligt gewesen und deshalb nach 1945 zunächst aus dem akademischen Betrieb ferngehalten worden war; vgl. zu Verschuer M. G. Ash, Verordnete Umbrüche – konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in ZfG 43 (1995), S. 915-918; zu den Konferenzen auch I. Pinn/M. Nebelung, Kontinuität durch Verdrängung. Die Anthropologisch-Soziologischen Konferenzen 1949–1954 als ein „vergessenes“ Kapitel der deutschen Soziologiegeschichte, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1990, Op-laden 1990, S. 177-218.

sein Plädoyer für eine Soziologisierung der Geschichtswissenschaft laut eigenem Bekunden wohlwollend aufgegriffen wurde.⁵⁶

Eine starke Ausweitung der wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Aktivitäten der DGS erfolgte erst, als von Wiese die Macht abgab. Als auf der Mitgliederversammlung 1955 ein neuer DGS-Präsident gewählt und die Satzung zugleich an mehreren Stellen verändert wurde – unter anderem fiel jetzt endgültig die 1946 wieder eingeführte Begrenzung der Mitgliederzahl –, hatten sich aber die Kräfteverhältnisse unter den aktiven Mitgliedern durch die Remigration einflussreicher Wissenschaftler bereits soweit verschoben, dass Theodor W. Adorno die Wahl des aus dem Umfeld von Freyer und Ipsen stammenden Helmut Schelsky verhindern und eine Mehrheit für die Wahl des Remigranten Helmuth Plessner und eines gleichfalls von Remigranten dominierten Vorstands organisieren konnte.⁵⁷

Zusammenfassend ist also zu konstatieren, dass bei der DGS-Wiedergründung 1946 – anders als bei der Gründung 1909 und der Neugründung der Organisation nach dem Ersten Weltkrieg – gerade dadurch wichtige Weichen für die Wissenschaftsentwicklung gestellt wurden, indem grundlegende Strukturentscheidungen nicht mit Bezug auf soziologisches Reflexionswissen sondern nach politisch-personalistischen Prämissen gefällt wurden. Inwiefern auch damit eine Spezifik der soziologischen Selbstorganisation skizziert ist – eine spezifische organisatorische Verarbeitung der Erfahrung des Nationalsozialismus – wäre eine interessante Vergleichsperspektive mit Blick auf andere Fachgesellschaften.

Eine umgekehrte Konstellation, also eine explizit auf organisationsoziologischem Wissen basierende, in ihrer Wirkung dann aber weit hinter den Erwartungen zurückbleibende Umgründung – dies als Ausblick –, ist bei der großen DGS-Reform erkennbar, die Ralf Dahrendorf, Erwin K. Scheuch, M. Rainer Lepsius und andere Köpfe der selbsternannten „Nachkriegsgeneration“ im Jahre 1968 einleiteten. Die DGS-Vorstandakten aus dieser Zeit enthalten eine Vielzahl von Satzungs- und Geschäftsordnungsentwürfen sowie Organigrammen zur geplanten Interaktion der Gremien und Funktionsämter, deren Zahl nach dem großen Vorbild der American Sociological Association stark wachsen sollte.⁵⁸ Es ist erkennbar, dass hier – analog zur damaligen Theorieentwicklung – gewissermaßen über den Blick in die USA ein Rückbezug auf die Organisationssoziologie Max Webers erfolgte, die ja bereits die DGS-Strukturen bei der Gründung 1909 geprägt hatte.⁵⁹ 1968 lauteten die Schlagworte mehr Flexibilität und Arbeitsteilung, effiziente

56 Freyer an Wiese, 16.9.1951, SAK-B1-3799: 456; zum Antrag auf Gründung einer Untergruppe für historische Soziologie vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung der DGS am 12.8.1948, SAK-B1-3736: 287.

57 Protokoll der Mitgliederversammlung der DGS am 23.10.1955, SAK-B1-3809: 248-250; hierzu auch Adorno an Horkheimer, 24.10.1955, Archivzentrum der Universitätsbibliothek Frankfurt a.M. Na 1, Nr. 510, VI 2: 7.

58 Vgl. beispielhaft Organisationsschema DGS (Reformplan), ohne Datum [1968], SAK-B1-3691: 321.

59 Auf dem gleichen Wege hatte kurz zuvor auch die bis 1967 im DGS-Vorstand aktive Renate Mayntz die Organi-

Fachorganisation und Interessenpolitik. Die DGS-Aktivitäten sollten stark ausgeweitet, die soziologische Forschung in neuen Sektionen in ihrer ganzen Breite repräsentiert und gefördert, und die nun durch schriftliche Wahlen breit legitimierte und durch ein Beratungsgremium führender Teilgebietsvertreter gestützte Organisationsspitze sollte in die Lage versetzt werden, im Namen des Faches kraftvoll und schnell agieren zu können.⁶⁰ Unter dem Einfluss des Konflikts mit der Studentenbewegung, der bereits beim Frankfurter Soziologentag im April 1968 eskalierte und dann vor allem in den akademischen Zentren der Soziologie intensiv fortgesetzt wurde, geriet die Reform jedoch jäh ins Stocken, so dass sämtliche DGS-Aktivitäten über Jahre gelähmt wurden. Die Auswirkungen von '68 waren hier also ungleich stärker als beim Historikerverband.⁶¹ Erst 1971 konstituierten sich die neuen Gremien, erst 1974 fand der nächste Soziologentag statt. Aber auch anschließend erfüllten sich die in die Reform gesetzten Hoffnungen nicht. Die vielen Sektionen führten ein Eigenleben und für die neuen Ämter fehlte oft engagiertes Personal, so dass spätere Vorstände in den 1970er und 1980er Jahren weitgehend auf sich gestellt waren und andauernd ihre Überlastung beklagten.

Entwicklungspfade wissenschaftlicher Fachgesellschaften – eine Bilanz

An den Ausblick auf die DGS-Reform von 1968 lassen sich drei verallgemeinernde Überlegungen anschließen: Erstens bekräftigt er in umgekehrter Weise die im ersten Teil zur Frühgeschichte der DGS – im Kontrast zur Entwicklung des Historikerverbandes – formulierte These, dass die Gestaltungsmöglichkeiten wissenschaftlicher Selbstorganisation um so größer erscheinen, je weniger die Disziplin akademisch etabliert ist. Zweitens lässt unser Durchgang durch die DGS-Geschichte eine gewisse Pfadabhängigkeit hinsichtlich der Spezifika wissenschaftlicher Selbstorganisation erkennen. So ist auffallend, dass die systematisierende Beschreibung der Aufgaben von Historikerverbänden die Funktion der Organisation und Koordination wissenschaftlicher Forschung in einzelnen Teilgebieten über Untergruppen und Sektionen gar nicht benennt.⁶² Für die DGS war diese dagegen von Beginn an zentral und sie hielt an diesem ‚Markenkern‘ sowohl nach 1945 als auch nach 1968 fest. Zugleich korrespondiert dieser ‚Markenkern‘ einer wissenschaftlich-funktionalen Arbeitsteilung mit der Verpflichtung auf jene sozialen Fragen, die in und für den Horizont einer funktional differenzierten Gegenwart systematisch-funktional beantwortet werden sollten bzw. sollen – von allen raum- und zeitlichen Spezifika abstrahierend, auf die das historische Wissen höchsten Wert legt.

sationssoziologie wieder in die bundesdeutsche Forschung eingeführt; vgl. R. Mayntz, *Soziologie der Organisation*, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 26-35.

60 Zur Diskussion über und zum Verlauf der DGS-Reform das Material in SAK-B1-3691, -3566, -3866.

61 Zu den Auswirkungen der Studentenbewegung auf den VHD vgl. O. Blaschke, *Der Verband im Umbruch? Herausforderungen und Konflikte um 1970*, in: *GWU* 64, Heft 3/4 (2013), S. 168-170.

62 Vgl. entsprechend G. Lingelbach, *Funktion* (wie Anm. 24).

Drittens stellt sich auch in umgekehrter Richtung die Frage, ob sich bei Fachgesellschaften – abgesehen von der Wahrung des ‚Markenkerns‘ – im Laufe ihrer disziplinären Etablierung nicht so etwas wie ein ‚Normalfunktionieren‘ im Gefüge ihres Wissenschafts-systems ausbildet, worauf zumindest die Konvergenzen zwischen DGS, Historikerverband und anderen Wissenschaftsvereinigungen hindeuten. Forschungslabor war die DGS jedenfalls schon in der Weimarer Zeit nicht mehr, und ihre Bedeutung für die Finanzierung und den Anschlag von Forschungen verlor sie schrittweise seit den 1960er Jahren, als zugleich die interdisziplinäre Mitgliederstruktur einer fachlichen Verengung wich. Die Sektionen verlagerten sich darauf, Teilbereichsforschung zu repräsentieren, statt sie zu organisieren.

Wie lassen sich – ausgehend von der skizzierten Entwicklung der DGS – die „Normalfunktionen“ von Fachgesellschaften analytisch fassen? 1. sollen sie dem disziplinen-eigenen Wissen eine interne und externe Öffentlichkeit geben (Öffentlichkeitsfunktion); 2. sollen sie dieses Wissen trotz Heterogenität untereinander sprachfähig, aber auch wissenschaftsintern und -extern abgrenzbar halten (Grenz- und Integrationsfunktion); 3. müssen sie ihre Disziplin sozial und international anschlussfähig, und personell attraktiv machen (Reproduktionsfunktion). Und 4. müssen Fachgesellschaften solche organisatorischen Bereiche besonders schützen, die entweder per se den ‚Markenkern‘ betreffen oder sich nicht an andere Strukturen befriedigend delegieren lassen und deshalb identitätsstiftend sind (Identitätsfunktion).